

Forderungen vom VdK für die Kommunal-Wahl im September 2025



Was ist der VdK?

Der VdK Nordrhein-Westfalen ist ein Verein.

Er gehört zum VdK Deutschland.

Der VdK Deutschland ist ein Sozial-Verband.

Der VdK setzt sich besonders für Menschen ein, die benachteiligt sind.

Und die Hilfe brauchen.

Zum Beispiel:

- ältere Menschen
- Menschen mit Behinderung
- kranke Menschen
- arbeitslose Menschen



Der VdK Deutschland ist der Haupt-Verein in Deutschland.

Der VdK Nordrhein-Westfalen ist der Landes-Verband im Bundes-Land Nordrhein-Westfalen.

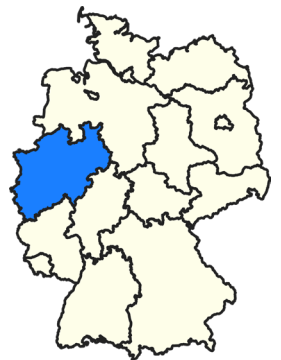
Den VdK Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1948.

Er hat eine halbe Million Mitglieder.

Der VdK ist ein gemeinnütziger Verein.

Das bedeutet: Der VdK macht gute Sachen für die Allgemeinheit.

Damit sind alle Menschen in unserer Gesellschaft gemeint.



Was macht der VdK?

Alle Menschen in unserem Land sollen am Leben in der Gesellschaft teilnehmen können.

Niemand darf benachteiligt werden.

Jeder Mensch soll selbst entscheiden, wie er leben will.

Das wollen wir erreichen.

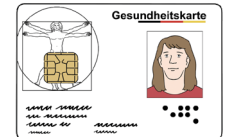
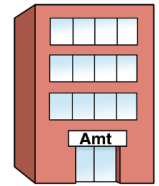


Wir setzen uns ein für die Interessen von unseren Mitgliedern.

Und wir kämpfen für ihre Rechte.

Zum Beispiel hier:

- Ämter
- Arbeitslosen-Versicherung
- Unfall-Versicherung
- Renten-Versicherung
- Pflege-Versicherung
- Kranken-Versicherung



Wir sprechen auch oft mit Politikern.

Damit die Interessen von unseren Mitgliedern besser beachtet werden.

Zum Beispiel bei neuen Gesetzen.

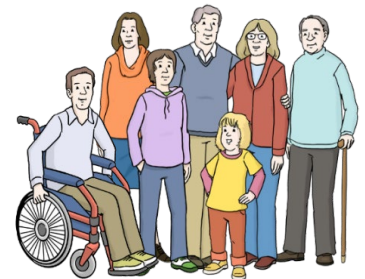
Oder wenn Gesetze geändert werden.



Wer ist Mitglied beim VdK?

Unsere Mitglieder sind zum Beispiel:

- Rentnerinnen und Rentner
- kranke Menschen, die viel Pflege brauchen.
- Angehörige, die kranke Menschen pflegen.
- Menschen, die nach einem schweren Unfall **nicht** mehr arbeiten können.
- Menschen, die eine Arbeit suchen
- Menschen mit Behinderung

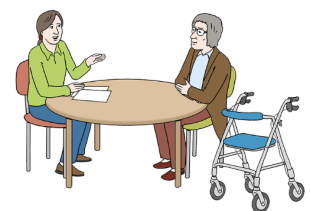


Die Mitglieder vom VdK bekommen kostenlose Beratung.

Der VdK erklärt den Mitgliedern, welche Rechte sie haben.

Der VdK unterstützt und vertritt die Mitglieder.

Zum Beispiel vor Gericht.



Einleitung

Am 14. September 2025 sind Wahlen in Nordrhein-Westfalen.

Die Wahlen gelten für Städte, Gemeinden und Kreise.

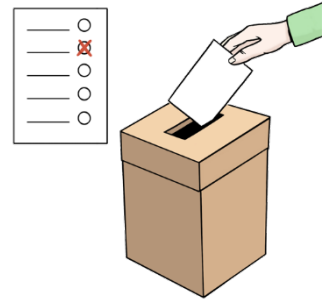
Städte und Gemeinden nennt man auch: Kommunen.

Deshalb heißt die Wahl: Kommunal-Wahl.

Die Menschen können dann wählen:

Welche Politiker und Politikerinnen sollen wichtige Fragen entscheiden

- für die Stadt
- für die Gemeinde
- für den Kreis.



Die Menschen wählen bei der Kommunal-Wahl

- ein Mitglied für den Rat
- ein Mitglied für die Bezirks-Vertretung
- den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin
- den Landrat oder die Landrätin
- ein Mitglied für den Kreistag.



Man nennt diese Politiker auch: Kommunal-Politiker

Die Entscheidungen von Kommunal-Politikern betreffen direkt das Leben von den Menschen in einer Stadt.

Zum Beispiel:

- Soll die Stadt ein neues Schwimmbad bauen?
- Welche Schulen braucht die Stadt?
- Wie können öffentliche Gebäude barrierefrei werden?

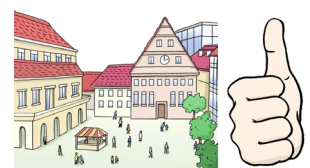


Das Ziel vom VdK Sozial-Verband ist:

Alle Menschen sollen ein gutes Leben haben in ihrer Stadt.

Deshalb hat der VdK für 7 Bereiche aufgeschrieben:

Diese Dinge sind wichtig, damit eine Stadt sozial, inklusiv und lebenswert ist.



Es geht um diese 7 Bereiche:

- Wohnen
- Unterwegs sein
- Klima
- Gesundheit
- Pflege und Hilfe für ältere Menschen
- Armut
- Mitreden und Mitentscheiden in der Politik

1. _____
2. _____
3. _____

Der VdK lädt Politiker und Politikerinnen ein:

Reden Sie mit uns über diese Themen.

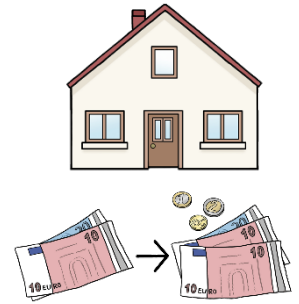
Und darüber, was Sie nach der Wahl
für diese Themen machen wollen.



1. Wohnen

In vielen Städten und Gemeinden sind die Mieten für Wohnungen sehr hoch.

Die Mieten sind in den letzten Jahren sogar immer höher geworden.



Viele Menschen haben nur wenig Geld.

Oft haben diese Menschen dann zu wenig Geld für eine Wohnung, die zu ihnen passt.

Und: Viele Menschen mit Behinderungen finden **keine** Wohnung ohne Barrieren.



Der Sozial-Verband VdK sagt:

Alle Menschen haben ein Recht auf gutes Wohnen.

Unser Ziel ist:

- Alle Menschen sollen sich eine passende Wohnung leisten können.
- Es soll genug Wohnungen ohne Barrieren geben.
- Strom, Wasser und Wärme für das Wohnen sollen klimafreundlich sein.



Die Städte sollen mehr eigene Wohnungs-Firmen einsetzen.

Viele Menschen suchen eine Wohnung.

Aber die Wohnungen sind oft teuer.

Der VdK sagt:

Städte sollen mehr eigene Wohnungs-Firmen haben.

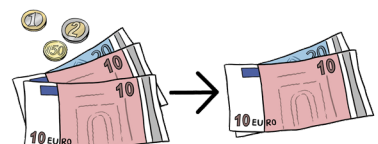
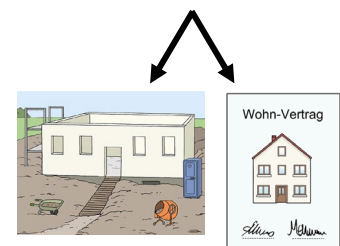
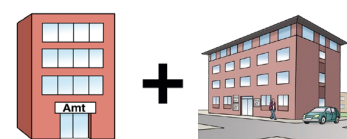
Die Firmen nennt man kommunale Wohnungs-Firmen oder gemeinnützige Wohnungs-Firmen.

Diese Firmen müssen **nicht** sehr viel Geld verdienen.

Deshalb sind die Mieten oft günstiger.

Der VdK sagt:

Städte sollen diese Firmen mehr unterstützen.



Viele gemeinnützige und kommunale Wohnungs-Firmen kümmern sich auch um die Menschen und ihr Umfeld.
Es gibt zum Beispiel:

- Sprech-Stunden für Mieter
- Angebote für Beratungen bei Problemen mit Geld oder mit der Familie.
- Treffen und Feste

Das ist gut für alle Menschen in der Nachbarschaft.



Die Städte sollen gemeinnützigen Firmen mehr Grundstücke geben.

Manchmal verkaufen Städte Bau-Grundstücke.

Dann sollen sie zuerst den gemeinnützigen und den kommunalen Firmen Bescheid sagen.

Der VdK sagt: Das Wichtigste ist:

Welche Firma baut gute und günstige Wohnungen für viele Menschen?

Die Stadt soll dieser Firma das Grundstück verkaufen.

Weniger wichtig ist:

Welche Firma zahlt am meisten Geld?



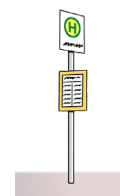
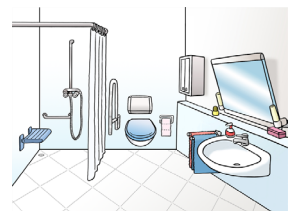
Die Städte sollen gerechte Regeln für Bau-Grundstücke machen.

Städte sollen gerechte Regeln für Bau-Grundstücke machen, wenn neue Wohnungen gebaut werden.

Zum Beispiel:

- Es sollen genug günstige Wohnungen gebaut werden.
- Es soll barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderung geben.
- Es soll in der Nähe Parks und Plätze zum Erholen geben.
- Es soll genug Geschäfte in der Nähe geben.
- Busse und Bahnen sollen gut erreichbar sein.

Regeln	
1.	_____
2.	_____
3.	_____



Die Städte sollen neue Wohn-Möglichkeiten unterstützen.

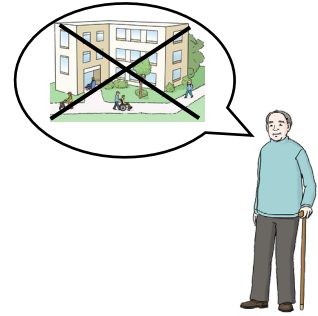
Viele ältere Menschen und Menschen mit Behinderung wollen selbstbestimmt wohnen.

Sie brauchen Hilfe im Alltag.

Aber sie wollen **nicht** in einem Heim wohnen.

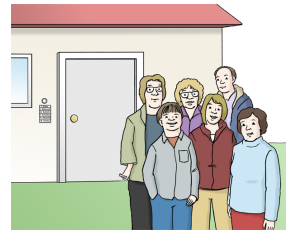
Sie wünschen sich andere Wohn-Formen.

Zum Beispiel:



Wohn-Gemeinschaften

- für ältere Menschen
- für Menschen mit Demenz
- für Menschen mit und ohne Behinderung



Mehr-Generationen-Häuser

In einem Haus leben junge und alte Menschen zusammen.

Sie helfen sich gegenseitig.

Zum Beispiel:

- beim Einkaufen begleiten
- beim Kochen für alle abwechseln
- neue Technik und Geräte erklären
- beim Reparieren helfen
- bei den Schulaufgaben helfen



Der VdK sagt:

Es gibt noch zu wenig von den anderen Wohn-Formen.

Die Städte sollen Firmen suchen,

die solche Wohn-Formen gut planen können.

Dann kann man beim Bauen gleich mitdenken:

- Es soll einen Gemüse-Garten für alle geben.
- Es soll einen Gemeinschafts-Raum geben.
- Es soll barrierefreie Wohnungen geben.



Die Städte sollen Menschen mit Wohn-Problemen helfen.

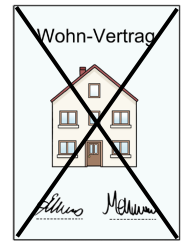
Manche Menschen können die Miete **nicht** bezahlen.

Oder sie finden **keine** neue Wohnung.

Das kann viel Gründe haben.

Zum Beispiel:

- Menschen haben Schulden oder zu wenig Geld.
- Menschen sind suchtkrank und trinken zu viel Alkohol oder nehmen Drogen.
- Menschen haben seelische Probleme.



Der VdK sagt:

Die Städte sollen Fachleute haben,
die den Menschen helfen können.

Wichtig ist:

Die Hilfe soll rechtzeitig kommen.

Am besten, bevor ein Mensch seine Wohnung verliert.



Die Städte sollen auch Menschen helfen,
die **keine** Wohnung mehr haben.

Zum Beispiel:

Obdachlose Menschen,
die auf der Straße leben.



Diese Menschen brauchen:

- Hilfe von Fachleuten
- genug sichere Schlaf-Plätze
- Not-Unterkünfte für die Nacht



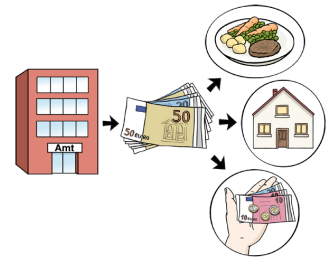
Die Städte sollen Wohn-Hilfen besser an die Miet-Kosten anpassen.

Manche Menschen haben sehr wenig Geld.

Diese Menschen können Hilfe vom Amt bekommen.

Zum Beispiel:

- Sozialhilfe
- Bürgergeld



Dann gibt das Amt auch Geld für Miete und Heizen.

Jede Stadt entscheidet selbst, wie viel Geld sie höchstens für Miete und Heizen gibt.

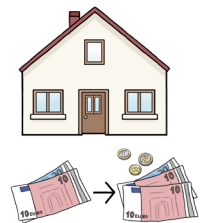
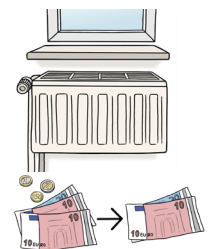
Der VdK sagt:

Viele Wohnungen haben jetzt höhere Mieten, weil sie gut gedämmt sind und Energie sparen.

Das Amt spart bei diesen Wohnungen Geld fürs Heizen.

Das gesparte Geld kann das Amt für die höhere Miete geben.

Dann können ärmere Menschen in ihrer Wohnung bleiben und müssen **nicht** ausziehen.

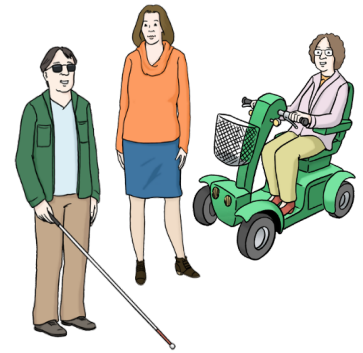


Unterwegs sein

Viele Menschen müssen im Alltag unterwegs sein.

Zum Beispiel:

unterwegs zur Arbeit, zum Arzt, zum Einkaufen,
zum Sport, zum Amt, zum Museum.



Der VdK sagt:

- Alle Menschen sollen gut unterwegs sein können.
- Alle Menschen sollen sich das leisten können.
- Alle Menschen sollen umweltfreundlich unterwegs sein können.

Aber: Viele Menschen haben wenig Geld.

Diese Menschen haben oft **kein** Auto.

Deshalb sind Bus und Bahn für sie besonders wichtig.

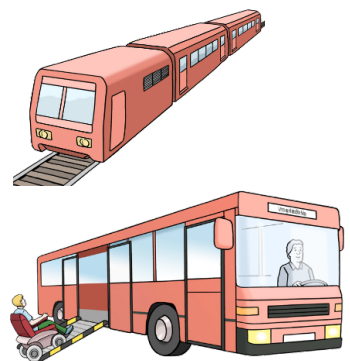
Bus und Bahn sollen günstig sein.

Busse und Bahnen sollen oft fahren.

Auch in kleinen Städten.

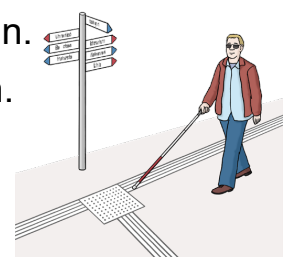
Und auf dem Land.

Bushaltestellen und Bahnhöfe sollen
immer barrierefrei sein.



Der VdK fordert:

- Neue Haltestellen und Bahnhöfe sollen barrierefrei gebaut werden.
- Alte Haltestellen und Bahnhöfe sollen barrierefrei umgebaut werden.
- Alle öffentlichen Gebäude sollen barrierefrei sein.
Auch der Weg zu diesen Gebäuden soll barrierefrei sein.
Alle Menschen sollen ohne Hilfe zu ihrem Ziel kommen.
Zum Beispiel Menschen, die schlecht laufen können.
Oder Menschen, die schlecht sehen können.



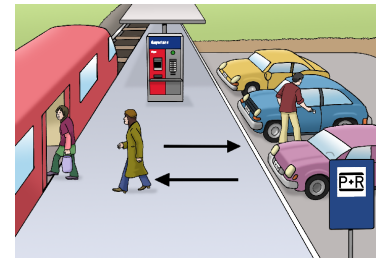
Bus und Bahn sollen besser werden.

Es soll mehr gute Verbindungen geben,
besonders auf dem Land.

Busse und Bahnen sollen dort öfter fahren.

Dann können mehr Menschen das Auto stehen lassen.

Und mit Bus und Bahn fahren.



Die Städte sollen strenge Park-Regeln für E-Roller machen.

In vielen Städten kann man E-Roller mieten.

Manche Menschen lassen den Roller
nach der Fahrt einfach irgendwo liegen.

Zum Beispiel auf Radwegen oder Gehwegen.

Das ist gefährlich.

Blinde Menschen können darüber stolpern.

Menschen mit Rollstuhl, Rollator
oder Kinderwagen kommen **nicht** vorbei.

Sie können sich verletzen.



Der VdK sagt:

Es soll feste Parkplätze für E-Roller geben.

Nur dort darf man die Roller abstellen.

Wer den Roller falsch abstellt, muss weiterbezahlen.

So lange, bis der Roller richtig geparkt ist.

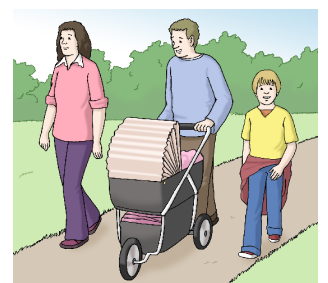
Die Behinderten-Parkplätze müssen bleiben.

Früher wurden Städte mit viel Platz
für Autos gebaut.

Aber das soll sich ändern.

Radfahrer und Fußgänger sollen mehr Platz bekommen.

Deshalb bauen Städte Auto-Parkplätze ab.



Der VdK sagt:

Mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer finden wir gut.

Aber: Behinderten-Parkplätze dürfen **nicht** abgebaut werden.

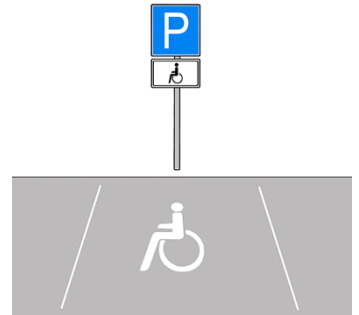
Diese Parkplätze müssen bleiben.

Sie müssen auch richtig gebaut sein.

So wie es in der Norm DIN 18040-3 steht.

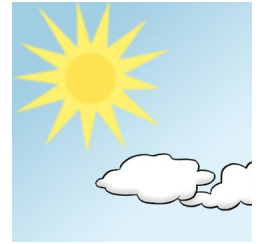
Die Städte müssen darauf achten.

Behinderten-Parkplätze sind besonders wichtig vor Krankenhäusern und Pflege-Heimen.



Klima

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen merken:
Das Klima verändert sich.
Es gibt heute mehr Hitzewellen als früher.
Das heißt: Viele Tage hintereinander ist es sehr heiß.
Es gibt aber auch mehr Stark-Regen.
Dann regnet es in kurzer Zeit sehr viel.
Flüsse laufen über.
Straßen stehen unter Wasser.
Und Wasser läuft in die Häuser.



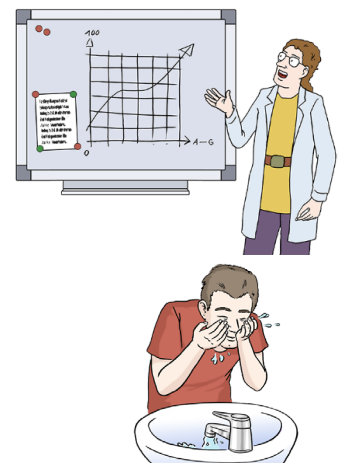
Der Klima-Wandel ist anstrengend für den Körper.
Der VdK sagt:
Die Menschen brauchen Schutz
vor dem Klima-Wandel.
Die Städte müssen sich um den Schutz kümmern.



Besonders schwer ist es für arme Menschen.
Sie wohnen oft in Häusern
ohne guten Schutz vor Hitze.
Und oft an lauten Straßen mit vielen Autos.
Und mit wenig Bäumen.



Die Städte sollen einen Plan für Hitze-Schutz machen.
Jede Stadt soll einen Plan machen.
Der Plan heißt Hitze-Aktions-Plan.
Im Plan soll stehen:
Wie schützt die Stadt die Menschen vor der Hitze?
Fachleute sollen beim Plan helfen.
Zum Beispiel aus dem Krankenhaus.
Oder aus Pflege-Heimen.
Oder von der Feuerwehr.



Im Plan soll auch stehen:

- Was können Menschen gegen Hitze machen?
- Und was sollen sie bei Hitze lieber **nicht** machen?
- Wie kann die Stadt umgebaut werden, damit sie kühler wird?
- Krankenhäuser und Pflege-Heime müssen ihre Patienten und Mitarbeiter schützen.
Die Städte sollen dabei helfen.



Die Städte sollen Straßen, Plätze und Parks verändern.

Die Städte müssen sich besser an das Klima anpassen.

Bäume machen Schatten.

Teiche und Seen machen die Luft kühler.

Bei starkem Regen können sie Wasser speichern.

Es gibt auch Geräte, die Wasser-Nebel in die Luft sprühen.

Das macht die Luft kühler.

So können sich Menschen erfrischen.

Trink-Brunnen in der Stadt helfen auch bei Hitze.

Dort kann man kostenlos Wasser trinken.



Heiz-Energie soll billig sein und gut fürs Klima.

Der VdK fordert:

Die Städte sollen gute Lösungen fürs Heizen finden.

Die Heiz-Energie muss wenig kosten.

Und sie darf dem Klima **nicht** schaden.

Die Städte sollen mit Energie-Firmen zusammenarbeiten.

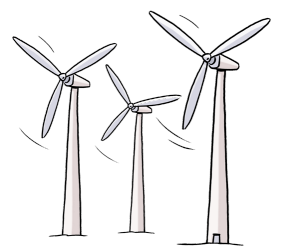
Auch mit Vermietern und Mietern.

Fern-Wärme ist besonders wichtig.

Dabei wird heißes Wasser durch Rohre
in viele Häuser geschickt.

Das ist günstiger als viele neue Heizungen einzubauen.

Die Städte sollen auch Solar-Anlagen unterstützen.



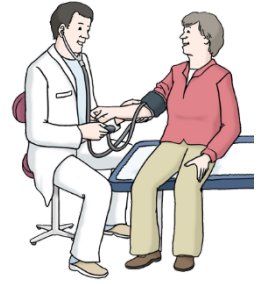
Gesundheit

Der VdK sagt:

Alle Menschen sollen gute medizinische Hilfe bekommen.

Und zwar in der Nähe von ihrer Wohnung.

Zum Beispiel durch eine Hausärztin oder einen Hausarzt.



In Deutschland gibt es immer mehr ältere Menschen.

Diese Menschen brauchen öfter Hilfe vom Arzt.

Aber viele Hausärzte sind selbst schon alt.

Sie hören bald auf zu arbeiten.

Es gibt **nicht** genug neue, junge Ärzte.

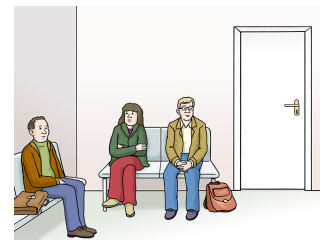
Deshalb gibt es in manchen Orten zu wenig Hausärzte.

Zum Beispiel in kleinen Städten oder auf dem Land.



Das ist ein großes Problem:

- Menschen müssen lange auf einen Termin warten.
- Menschen müssen weit fahren, um zum Arzt zu kommen.
- Manche Menschen können **nicht** frei entscheiden, zu welchem Arzt sie gehen.



Die Städte sollen die Gesundheits-Konferenz besser nutzen.

Städte und Kreise in NRW müssen regelmäßig

eine Gesundheits-Konferenz machen.

Dort reden Fachleute über die medizinische Versorgung in der Stadt oder im Kreis.

Der VdK sagt:

Die Städte sollen bei der Konferenz diese Ziele haben:

- Es soll mehr Hausärzte in Wohn-Gebieten geben.
- Alle Arzt-Praxen sollen barrierefrei sein.



Der VdK soll bei der Konferenz dabei sein.

Denn der VdK setzt sich für Patienten ein.

Die Städte sollen gute Bedingungen für Ärztinnen und Ärzte schaffen.

Der VdK sagt:

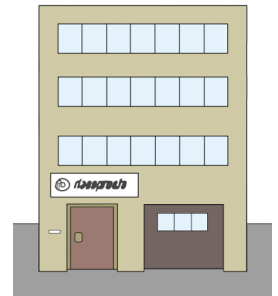
Die Stadt kann Ärzten helfen, wenn sie eine Praxis aufmachen wollen.

Zum Beispiel:

Die Stadt kann bei der Suche nach Praxis-Räumen helfen.

Oder sie kann Räume günstig vermieten.

Zum Beispiel in städtischen Gebäuden.



Auch das Leben in der Stadt soll angenehm sein.

Dann wollen mehr Ärzte in der Stadt leben.

Wichtig sind zum Beispiel:

- Gute Schulen
- Kinder-Betreuung.
- Und schöne Läden zum Einkaufen.



Die Städte sollen selbst Ärzte-Häuser einrichten.

Manchmal wollen **nicht** genug Ärzte eine eigene Praxis aufmachen.

Dann kann die Stadt ein Ärzte-Haus gründen.

Das nennt man auch:

Kommunales medizinisches Versorgungszentrum.

Dort arbeiten die Ärzte **nicht** selbstständig.

Sie sind dann angestellt.

Die Stadt kümmert sich um die Organisation.

Viele junge Ärzte wollen noch **keine** eigene Praxis.

Sie arbeiten lieber zuerst als Angestellte.



Pflege und Hilfe im Alter

Viele alte Menschen brauchen Pflege.

Auch viele Menschen mit Behinderung brauchen Pflege.

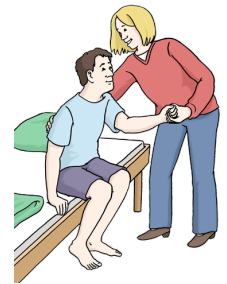
Oft machen Angehörige die Pflege.

Auch Nachbarn oder Freunde helfen oft mit.

Ein Platz in einem Pflege-Heim ist sehr teuer:

3500 Euro im Monat.

Viele Menschen können das **nicht** bezahlen.



Die Städte sollen Pflege-Konferenz besser nutzen.

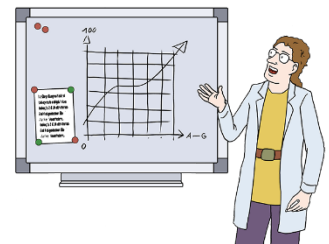
Der VdK sagt:

Jede Stadt und jeder Kreis in NRW muss eine Konferenz machen.

Die Konferenz heißt: Konferenz Pflege und Alter.

Die Konferenz soll einen Plan machen:

- Welche Pflege-Angebote braucht die Stadt?
- Wie können Angehörige Hilfe bekommen, wenn sie einen Menschen pflegen?



Der VdK soll bei dieser Konferenz dabei sein.

Denn der VdK spricht für Menschen mit Pflege-Bedarf.

Und für pflegende Angehörige.

Die Städte sollen ambulante Pflege mehr unterstützen.

Ambulante Pflege heißt:

Die Pflege kommt nach Hause.

Dafür sind Pflege-Dienste da.

Die Städte sollen mit Pflege-Diensten sprechen.

Auch mit den Pflege-Kassen.

Sie sollen dafür sorgen, dass es genug ambulante Pflege gibt.



Auf dem Land sind die Wege oft sehr weit.

Dann lohnt sich die Fahrt für Pflege-Dienste manchmal **nicht**.

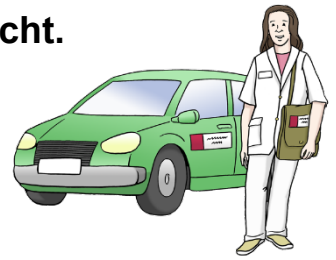
Aber auch diese Menschen brauchen Pflege.

Deshalb sollen Städte den Pflege-Diensten mehr Geld geben.

Der VdK sagt:

Die Städte sollen sich mehr um die Menschen kümmern.

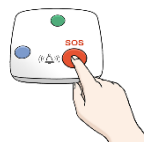
Und weniger ums Geld.



Die Städte sollen auch für Hilfe und Beratung sorgen.

Zum Beispiel:

- Hilfen im Haushalt
- Beratung, wenn die Wohnung verändert werden muss.
- Ein Haus-Notruf

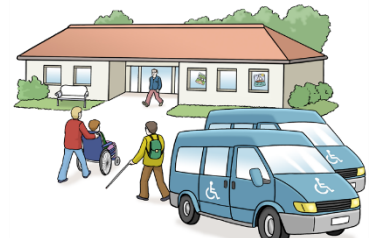


Wenn Angehörige pflegen, brauchen sie auch mal eine Pause.

Deshalb muss es andere Pflege-Angebote geben.

Zum Beispiel:

- Tages-Pflege.
- Nacht-Pflege.
- Kurzzeit-Pflege.



In diesen Einrichtungen werden die Pflege-Bedürftigen betreut.

Das ist wichtig, wenn die Angehörigen gerade **nicht** pflegen können.

Die Städte sollen bestimmen:

Neue Pflege-Heime sollen auch Kurzzeit-Pflege-Plätze anbieten.

Die Städte sollen mehr Hilfe für Angehörige in der Pflege anbieten.

Städte und Kreise müssen Hilfen anbieten für Angehörige, die einen Menschen pflegen.

Aber viele Angehörige wissen **nicht**, dass es solche Angebote gibt.

Deshalb sollen die Städte die Angebote besser erklären.

Und alle gut darüber informieren.

Die Städte sollen auch prüfen:

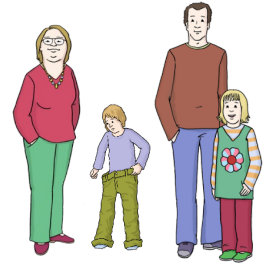
Hilft unser Angebot den Angehörigen wirklich?



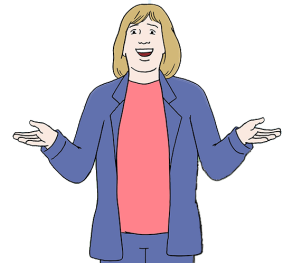
Armut

Manche Menschen haben sehr wenig Geld.
Das nennt man Armut.

Besonders oft gibt es Armut bei Frauen.
Oder bei Eltern, die ihre Kinder alleine erziehen.
Auch viele Kinder und Jugendliche sind arm.



Der VdK sagt:
Es soll **keine** Armut mehr geben.
Alle Menschen sollen genug Geld haben,
damit sie ohne Sorgen leben können.
Und damit sie selbst entscheiden können,
wie sie leben wollen.



Die Städte sollen planen, wie sie Armut bekämpfen.

Die Städte sollen gut wissen, wie es ihren Menschen geht.
Dann können sie den Menschen besser helfen.
Besonders in den Teilen der Stadt,
wo viele arme Menschen wohnen.
Die Städte sollen dafür sorgen,
dass alle Menschen die gleichen Chancen haben.
Und dass alle gut leben können.
Dafür sollen Städte mit Fachleuten sprechen.
Auch mit Sozial-Verbänden und Wohlfahrts-Verbänden.

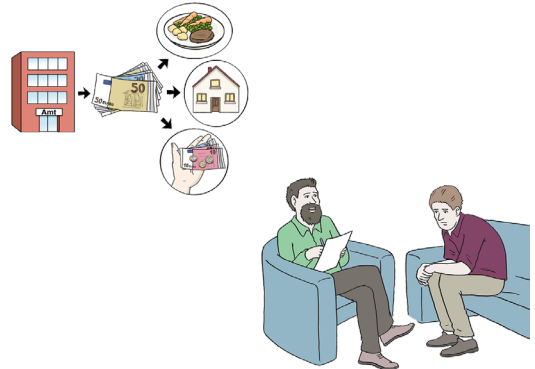


Die Städte sollen mehr Infos über Hilfs-Angebote geben.

Viele arme Menschen wissen **nicht**,
dass sie Hilfe bekommen können.

Zum Beispiel:

- Wohngeld
- Bürgergeld
- Beratung bei Problemen in der Familie
- Hilfe bei Schulden

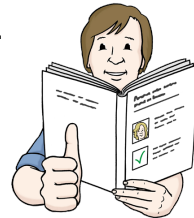


Der VdK sagt:

Die Städte sollen diese Hilfen besser bekannt machen.

Die Städte sollen auch gut erklären,
wer welche Hilfe bekommen kann.

Zum Beispiel mit Infos in Leichter Sprache.



Beratungs-Angebote sollen für alle erreichbar sein.

Viele arme Menschen bekommen **keine** Hilfe.

Obwohl sie eigentlich Hilfe brauchen:

Manche Menschen haben Angst, zum Amt zu gehen.

Oder sie schämen sich, weil sie Hilfe brauchen.

Deshalb soll es auch Beratungs-Angebote
außerhalb vom Amt geben.

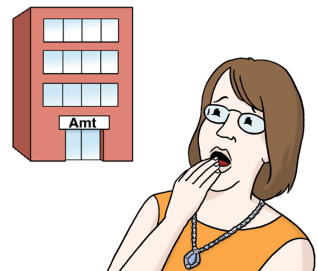
Zum Beispiel in der Nähe vom Wohn-Ort.

Die Beratungen sollen leicht zu finden sein.

Und ohne Barrieren.

Sozial-Arbeiter sollen auch zu den Menschen
nach Hause kommen.

Sie sollen gut erklären, welche Hilfen es gibt.



Arme Menschen sollen mitreden und entscheiden.

Menschen mit wenig Geld fühlen oft:

Andere bestimmen über mein Leben.

Ich darf **nicht** selbst entscheiden.

Deshalb ist es wichtig:

Nicht über die Menschen reden.

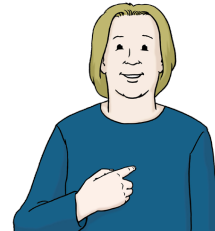
Sondern mit den Menschen reden.

Zum Beispiel bei der Planung von Hilfen.

Die Menschen wissen oft selbst am besten,
was sie brauchen.

Und sie sollen spüren:

Auch mit wenig Geld darf ich selbst
über mein Leben entscheiden.



Mitreden und Mitentscheiden in der Politik

Alle Menschen haben das Recht auf Teilhabe in der Politik.

Sie sollen mitreden und mitentscheiden.

Das ist besonders wichtig in der Stadt, wo sie wohnen.

Aber es gibt für Menschen mit Behinderung
oft Probleme:

Viele Städte haben **keinen** Behinderten-Beirat,
Und **keine** Beauftragten für Menschen mit Behinderungen.



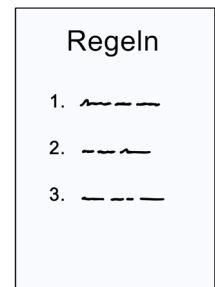
Städte müssen die Bedürfnisse von Menschen
mit Behinderungen kennen und beachten.

Das steht im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz
von Nordrhein-Westfalen.

Die Städte müssen das in eigenen Regeln aufschreiben.

Man nennt diese Regeln auch: Satzung

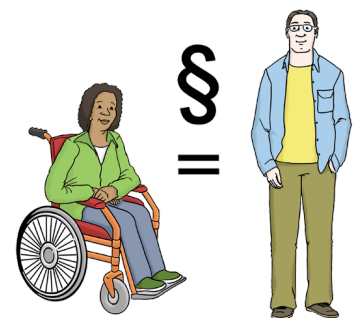
Aber viele Städte haben **keine** Satzung gemacht
für Menschen mit Behinderungen.



Der VdK sagt:

Das soll in einer Satzung über die Rechte
von Menschen mit Behinderungen stehen:

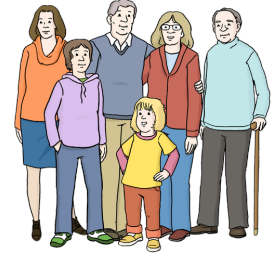
- Menschen mit Behinderungen sollen
gut geschützt sein.
Sie dürfen **nicht** schlechter behandelt werden
als andere Menschen.
- Alle Menschen sollen mitreden und
mitmachen können.
- Alle Menschen sollen überall hinkommen können.
- Es soll klare Regeln geben für das Mitmachen
in der Politik.



Die Städte sollen Angebote für politische Teilhabe passend machen.

Viele Städte haben **keine** passenden Teilhabe-Angebote für

- Kinder und Jugendliche
- alte Menschen
- Menschen mit Behinderung



Aber es gibt gute Beispiele für Teilhabe von Kindern und Jugendlichen:

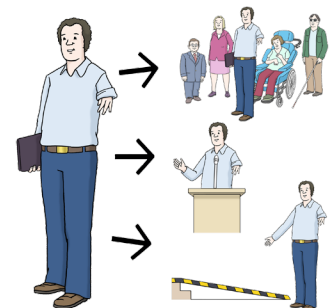
- Im Jugend-Ring arbeiten verschiedene Vereine zusammen.
Diese Vereine machen Angebote für Kinder und Jugendliche.
- Das Jugend-Forum ist ein Treffen.
Dort können Kinder und Jugendliche ihre Ideen und Wünsche sagen.
Diese Ideen gehen dann an die Politiker.



- Im Jugend-Parlament sind Vertreter, die von Kindern und Jugendlichen gewählt werden.
Die Vertreter sprechen für die Kinder und Jugendlichen in ihrer Stadt.
Jede Stadt kann selbst bestimmen:
Welche Themen soll das Jugend-Parlament entscheiden?



Für alte Menschen und Menschen mit Behinderung soll es einen Beirat geben oder einen Beauftragten. So können diese Menschen ihre Wünsche und Probleme an die Politik weitergeben. Sie sind Experten in eigener Sache und wissen oft am besten, was sie brauchen.



Städte sollen Infos, Gebäude und Internet-Seiten barrierefrei machen.

Der VdK sagt:

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf politische Teilhabe.

Deshalb müssen Rathäuser, Kreishäuser und Ämter barrierefrei sein.

Das gilt auch für Sitzungs-Räume und Toiletten.

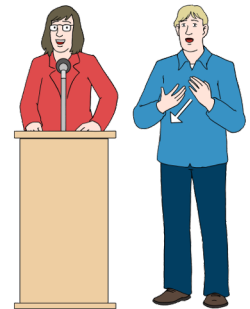
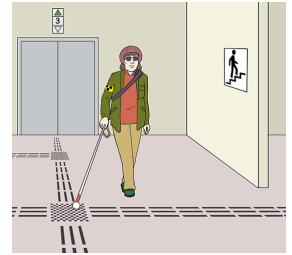
Auch der Weg zu den Gebäuden muss barrierefrei sein.

Die Städte müssen ihre Internet-Seiten barrierefrei gestalten.

Die Infos über Sitzungen im Rat müssen barrierefrei zugänglich sein.

Es soll bei Sitzungen Gebärden-Dolmetscher geben, wenn Teilnehmer diese Unterstützung brauchen.

Alle wichtigen Infos soll es auch in Leichter Sprache geben.

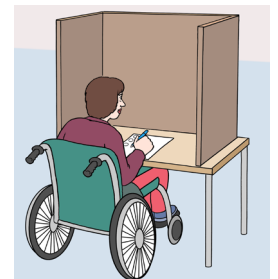


Die Städte sollen Wahl-Lokale barrierefrei machen.

Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt bei Wahlen mitmachen können.

Deshalb müssen die Wahl-Lokale barrierefrei sein.

Es soll Infos in Leichter Sprache über die Wahl geben.



Parteien sollen Wahl-Programme in Leichter Sprache machen.

Die Parteien sollen ihre Wahl-Programme auch in Leichter Sprache machen.

Das hilft Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Und Menschen mit Problemen beim Lesen und Schreiben.

Und Menschen, die noch **nicht** lange Deutsch können.



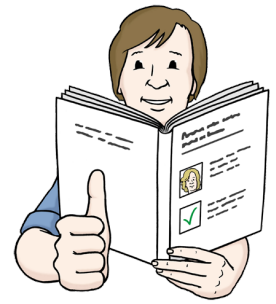
Infos über Sozial-Leistungen in Leichter Sprache machen

Die Städte sollen Infos in Leichter Sprache
über Sozial-Leistungen machen.

Das hilft Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Und Menschen mit Problemen beim Lesen und Schreiben

Und Menschen, die noch **nicht** lange Deutsch sprechen.



Wer hat diesen Text gemacht?

Der VdK NRW e.V. hat den Text gemacht.

Der Text in Leichter Sprache ist vom Büro für Leichte Sprache Volmarstein. Beschäftigte von WerkVol – Teilhabe an Arbeit in der Evangelischen Stiftung Volmarstein haben den Text in Leichter Sprache geprüft.

Die Bilder sind von © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V., Illustrator Stefan Albers.

Das Europäische Logo für einfaches Lesen ist von © Inclusion Europe.

